

Erläuterungen von Andreas Hammer zur

Möglichkeit der Einflussnahme des Bundesrates zur Instrumentenreform

Der Gesetzesvorschlag der Bundesregierung zur Instrumentenreform SGB III/SGBII ist ein **Einspruchsgesetz**, d.h. es ist nicht zustimmungspflichtig.

Zu Einspruchsgesetzen kann der Bundesrat verlangen, dass der Vermittlungsausschuss angerufen wird. Dieser ist paritätisch von Bundestag und Bundesrat besetzt. Nach Ende eines Vermittlungsverfahrens kann der Bundesrat gegen das Gesetz einen Einspruch einlegen oder es passieren lassen. Der Bundestag kann jedoch einen möglichen Einspruch bei Einspruchsgesetzen überstimmen.

Erhebt der Bundesrat mit einer einfachen Mehrheit den Einspruch, kann der Bundestag mit absoluter Mehrheit seiner Mitglieder das Gesetz beschließen. Stimmt der Bundesrat mit einer Zweidrittelmehrheit seinen Einspruch gegen das Gesetz, ist im Bundestag ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder notwendig, um den Einspruch zurückzuweisen bzw. das Gesetz zu beschließen.

Das bedeutet: wenn der Bundesrat den Vermittlungsausschuss anrufen und dann mit 2/3-Mehrheit Einspruch gegen das Gesetz erheben würde, hätte die CDU-/FDP-Bundesregierung keine eigene 2/3-Mehrheit im Bundestag, um den Einspruch zurückzuweisen.

Im Bundesrat haben die Länder mit einer CDU-/FDP-Regierung etwas mehr als 1/3 der Stimmen (ohne Jamaika und ohne SPD-/CDU-Länder). Eng würde es für die Bundesregierung im Bundestag also nur dann werden, wenn mindestens ein CDU- oder CDU-FDP-Land sich dem Einspruch im Bundesrat anschließt.

Es ist also eher unwahrscheinlich, dass eine 2/3-Mehrheit im Bundesrat zustande kommt. Es gibt natürlich ein gewisses Drohpotenzial beim Bundesrat, welches im Vermittlungsausschuss eingesetzt werden kann. Eine rückblickende Betrachtung zeigt eben auch, dass im Vermittlungsausschuss überwiegend Kompromisse gefunden wurden.

Damit könnte das Gesetz im Bundestag beschlossen werden wie geplant.

16.07.2011